

Mediencommuniqué vom 9. November 2020

Basel braucht jetzt MV-Wohnschützerin Heidi Mück - 'WRFG' würde nichts taugen:

## **Wieder 80 Bschiss-Massenkündigungen der «Zürich»**

**Schon wieder Rauskündigungen der «Zürich», diesmal rund 30 Mietparteien im Gundeli und fast zeitgleich 46 Langjährige im Wettsteinquartier - und das mitten im Abstimmungs- und Wahlkampf. Das Bschiss-Gesetz («WRFG-NEIN» am 29. November) hätte einmal mehr niemand geholfen. Die Hoffnungen der Betroffenen ruhen auf der engagierten MV-Frau Heidi Mück.**

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass die Grossinvestoren nicht an die Vorwirkung des zur Abstimmung anstehenden zahnlosen «Bschiss-Gesetzes» glauben, dann legt ihn die Zürich Anlagestiftung gleich doppelt vor:

- > Ende letzter Woche hat sie rund 30 Mieter/innen in drei Blöcken an der Sempacherstrasse per kommenden Jahres gekündigt.
- > Kurz zuvor hat sie mit 46 langjährigen Mieter/innen an zwei Hausnummern der Rheinfelderstrasse dasselbe getan.

### Raubrittermentalität

Die Kündigungen sind Nummer 4 und 5 der Zürich Anlagestiftung. Sie fügen sich nahtlos in die erst diesen Sommer erfolgten Massenkündigungen im Gellert (4 Häuser an der Adlerstrasse) und im Schützenmattquartier (3 Häuser an der Sennheimerstrasse) hinzu.

Erstmals gezeigt hatte sich die Raubrittermentalität der Zürich Anlagestiftung im vergangenen Winter an der Jacob Burckhardt-Strasse, wo unter anderem ein verdienter Basler Schriftsteller in eine Altersstruktur weggekündigt worden ist.

### «WRFG-NEIN», weil ohne jedes Schutzkonzept

In keinem der Häuser hätte das zahnlose und teilweise kontraproduktive «Bschiss-Gesetz» etwas geändert. Dieses 'WRFG' enthält keinerlei Schutzkonzept, welches Mietparteien in der vorliegenden Situation helfen könnte. Der MV Basel ruft daher alle Betroffenen und ihr Umfeld auf, «WRFG-NEIN» zu stimmen und den Weg frei zu machen für ein besseres Gesetz.

### Heidi Mück wird sich auch in der Regierung für die Massengekündigten einsetzen

Ausserdem verweist der MV Basel darauf, dass sich Heidi Mück nicht erst, seit sie für die Regierung kandidiert, gegen diese Rendite-orientierten Verhaltensweisen und das damit verbundene Leid stark macht. Bereits im Sommer hat sie in zwei Auftritten in «telebasel» klar zugunsten der langjährigen Anwohnerschaften Stellung bezogen.

### Erneut Schlangenfängerpolitik

Wie in den früheren Fällen hat die «Zürich» in ihren Textbausteinen «umfassende Sanierungen» vorgeschoben, obwohl es um reine Anlagestrategien geht. Und erneut wählt der Versicherungs- und Finanzkonzern ein dubioses Vorgehen gegenüber seinen Mieter/innen, indem er versucht, den geschockten Mietparteien eine Unterschrift abzuluchsen, mit der sie auf ihre gesetzlichen Rechtsansprüche und auf ihren Kündigungsschutz verzichten würden. Der MV Basel ruft die Mieterschaften dazu auf, auf keinen Fall eine Verzichtserklärung der «Zürich» zu unterzeichnen.

Wirksamste Mittel gegen dieses grassierende Raubrittertum sind ein Nein bezüglich des breit abgestützten Referendums gegen das «Bschiss-Gesetz 'WRFG'» sowie die Wahl von Heidi Mück zusammen mit Kaspar Sutter in die Regierung und von Beat Jans ins Regierungspräsidium.

Auf der anderen Seite sind sowohl die LDP als auch die GLP und die FDP im Grossinvestoren- und Rendite-freundlichen Gegenkomitee, welches sich gegen unser Referendum wenden und stattdessen das untaugliche «Bschiss-Gesetz» durchboxen wollen.